in der Schweiz aufgespielt hat und gegen uns benutzt worden, ist er jetzt in Dresden zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Herr v. Puttkamer hat in der Commission gesagt, was all diese Dinge mit dem Socialistengesetz zu thun haben. Ich antworte, seit wir das Socialistengesetz haben, ist die Zahl der Spitzel um großem Aufwande vermehrt worden — wo in Deutschland oder im Auslande Socialisten beisammen sind, da ist der Spitzel unter ihnen. Und trotz dieser Ueberschwemmung Europas mit Polizeispionen können Sie nichts gegen uns, nichts für das Gesetz vorbringen. Sie, meine Herren, die Sie die Hüter der Moral sein wollen, schädigen die Moral durch Nichts so sehr als durch dieses Gesetz!

Minister v. Puttkamer: Der Vorredner hat eingehend nachweisen wollen, daß seine Partei nicht die Gewalt wolle, sondern auf die allmälige Gewinnung des Volkes für ihre Lehre rechne. Dazwischen aber ließ er doch durchblicken, daß, wenn diese allmälige Entwickelung nicht eintrete, auch die Gewalt eintreten würde. Das hat ja auch das Vorgehen des Herrn Bebel oft genug ausgesprochen. Ich verzichte, auf all Das einzugehen, was Herr Bebel in sehr langen Ausführungen entwickelte, und begnüge mich einfach, das Haus um Annahme der Vorlage zu ersuchen. Ich bestreite Herrn Bebel auf Neue, daß Herr v. Ehrenberg nicht im Dienste der preußischen Polizei steht — Herr Bebel wird Gelegenheit haben, Näheres darüber zu erfahren; der Herr Kriegsminister hat bereits Ordre gegeben, die Verhandlung gegen Ehrenberg zu eröffnen, und Herr Bebel wird als Zeuge vernommen werden. Wenn dann wieder gesagt wird, Schröder habe die „Freiheit" unterstützt, so sprach dafür nur das Zeugniß des Druckers der „Freiheit", und wer ein solches Blatt druckt, ist eine Persönlichkeit, die keinen Glauben verdient. Was den Polizeihauptmann Fischer betrifft, so ist er bereits zu der Schweizer Behörde als ein ganz unzuverlässiges Subject bezeichnet worden — (Abg. Bebel ruft: Subject?) — also Mann, Person, Beamter. Der Umstand, daß dieser Fischer den Eindruck in die Acten gestattet hat und das mit einer auffälligen Schnelligkeit, machte es mir zur Gewißheit, daß es sich um eine Art verabredeten Complotes handelt zur Diffamirung unserer Polizei. Herr Bebel hat dann wieder die Personen Kopora und Jörns angegriffen. Ein Rudel Wölfe kann nicht einen Jemanden verfolgen, als es diesen beiden Beamten geschehen ist. Nachdem in feierlicher Gerichtssitzung ihre Zuverlässigkeit anerkannt worden, kommt Herr Bebel heute aufs Neue mit Beschuldigungen. Diese beiden Beamten sind Jahrelang durch die Umtriebe der socialdemokratischen Partei verleumdet worden, in der Presse sind sie verhöhnt und bedroht worden und deshalb habe ich, von ihrer Unschuld überzeugt, eine exclusive Genugthuung für sie beantragt. (Beifall rechts.) Ich will noch ein paar Worte dem Abg. Bamberger antworten, der sich nämlich darüber beschwert hat, ich hätte ihm in einer Weise geantwortet, die ihm die Theilnahme am politischen Leben verleidet hätte. Das war jedenfalls nicht meine Absicht; in seiner Rede in erster Lesung verletzte mich sein heftiger Angriff auf die unter meiner Leitung stehenden Beamten sehr und dadurch mag ich etwas erregt geantwortet haben. Ich habe nun neulich das amtliche Stenogramm seiner Rede eingesehen — da lautete der Passus, der mich erbittert hatte, ganz anders. (Heiterkeit.) Deßhalb kommt wieder der Druckfehler als deus ex machina. Meine Ausführungen wandten sich gegen einen gehässigen Angriff des Abg. Bamberger gegen preußische Polizeibeamte, das Stenogramm wendet sich nur gegen Schröder und Haupt. (Abg. Bamberger ruft: Ich habe Nichts geändert.) Dann möchte ich bei der Wichtigkeit der Angelegenheit den Herrn Präsidenten doch ersuchen, noch in dieser Sitzung darüber Erörterungen anzustellen. (Beifall rechts.)

Sächs. Bundesbevollm. Geheimer Reg.-Rath Held wendet sich zunächst gegen die Behauptung des Abg. Bebel, daß die sächsischen Behörden mit wahrer Wollust die Ausweisungen inszeniren. Wenn dann gesagt worden, daß die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes für Leipzig nicht nöthig gewesen, so beweist doch schon der Umstand, daß zahlreiche periodische und nichtperiodische Schriften verboten werden mußten, daß Gegentheil. Die Redner der Socialdemokraten würden nicht so häufig hier Falsches vorbringen, wenn sie nicht gegen die Behörden so großes Mißtrauen hegten und daher Alles glaubten, was man ihnen gegen die Behörden sagt — das geht so weit, daß sie sogar in erster Lesung Wetten cultiviren, ob sich Etwas in dritter Lesung wird aufrecht erhalten lassen. (Heiterkeit.) Herr Bebel hat mir vorgeworfen, ich hätte meine Aeußerung über zu milde Urtheile in Sachsen in der Commission zurückgenommen — das ist unrichtig. Ich habe, als ich jene Aeußerung that, keineswegs irgend einen Fingerzeig geben wollen, sondern nur meine Erfahrungen ausgesprochen. Schon vor zehn Jahren haben wir für Körperverletzungen härtere Strafen festsetzen müssen; trotzdem haben die Vertreter und die Messerhelden zugenommen — ich will nicht untersuchen hier, wie weit das zusammenhängt mit dem Schwinden des Geistes der Widersetzlichkeit. Man beschäftigt sich jetzt vielfach mit Erörterung, wie man der Trunksucht abhelfen könnte. Ich möchte die Frage anregen, ob nicht zu all mildernde Umstände vor Gericht mit Rücksicht auf Trunkenheit bewilligt werden, ob man nicht zu milde ist in der Eingiehung von Schankstätten. Abg. Dr. Windthorst hat auch zugegeben, daß man auf dem Gebiete des gemeinen Rechtes noch schärfer vorgehen müsse. — Herr Bebel hat heute das Wesen der Socialdemokratie entwickelt; wenn er die Socialdemokratie personificirte, so könnten wir sehr ruhig sein. Das ist doch aber nicht der Fall, Herr Bebel weiß ja nicht einmal, wie lange er noch Führer seiner Partei sein wird. Auch sieht das Volk nicht auf der Höhe der Bildung des Herrn Bebel. Wir müssen daher Schutz gegen die gewaltsamen Bestrebungen der Socialdemokratie haben und wenn man fragt, was hat das Socialistengesetz gemacht, so muß man mit der Gegenfrage antworten, vor welchen Zuständen ständen wir heute ohne dieses Gesetz? (Beifall.) Gestatten Sie mir noch einige Worte des Abschieds. (Heiterkeit.) Wie die Verhältnisse jetzt liegen, wird Abg. Dr. Bamberger Recht behalten, der mir in der ersten Lesung zurief: Zurück, du retzest den Freund nicht mehr! Ich hoffe aber, daß in Zukunft eine bessere Einigung zwischen den Regierungen und der Majorität zu Stande kommt und daß dann der Abg. Bamberger sagt: Ich sei, gewährt mir die Bitte, in Eurem Bunde der Dritte! (Heiterkeit.)

Abg. Oechelhäuser (nationall.): Nachdem in dieser Discussion bisher nur die Gegner gesprochen, wird es gestattet sein, daß auch ein Industrieller, ein Arbeitgeber das Wort nimmt. Das Gesetz hat nicht, wie Herr v. Puttkamer gemeint hat, die Socialdemokratie vermindert — in allen Arbeiterkreisen existirt ein Sammelsurium mehr oder weniger socialdemokratischer Elemente, aber ein Damm gegen Gewaltmaßregeln ist wenigstens errichtet worden. Insoweit hat das Gesetz günstig gewirkt, in dieser Hinsicht unterschreibe ich die Meinung des Herrn Ministers. Das Socialistengesetz hat auf das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ganz außerordentlich günstig gewirkt — das kann ich aus langjähriger Erfahrung aussprechen. Ein großer Nachtheil besteht darin noch, daß die Capitalisten aus Furcht vor Arbeiterausschreitungen sich noch immer vielfach von industriellen Unternehmungen zurückhalten. Diese Furcht muß aufgegeben werden. Das Gesetz hat günstig gewirkt, deshalb brauchen wir auch seine Verschärfung des Gesetzes. Aber die Aufhebung des Gesetzes ist auch nicht zulässig, denn bei voller Vereins- und Preßfreiheit stehen wir wieder machtlos der Agitation gegenüber. Die Hauptsache aber ist, daß die Quellen der Unzufriedenheit verstopft werden — dieses Bestreben der Regierungen müssen wir dankbar anerkennen. Mit Unrecht spricht Herr Bebel von einer staatssocialistischen Maske der Regierung, es ist ein ehrliches und entschiedenes Vorgehen und es ist ein großes Verdienst, daß demnächst dem Hause bereits die Alters- und Invalidenversorgung vorgelegt werden kann. Aber auch dieses Gesetz kann nicht Alles erfüllen, der deutschen Industrie bleibt darüber hinaus noch ein weiter Spielraum. Noch bleibt übrig, daß, was bisher einzelne hervorragende Industrielle gethan, auf die ganze Industrie ausgedehnt werde. Nicht Wohlthaten sollen dem Arbeiter erwiesen werden, sondern ein gemeinschaftliches Vorgehen muß eintreten — gemeinsame Organisationen müssen geschaffen werden. (Beifall.)

Abg. Kurtz (cons.): Ich hätte gewünscht, daß die Verschärfungen und eine längere Giltigkeitsdauer für das Gesetz [illegible] würden, dafür sprechen doch die neuen Momente, die der Reichscharakterbericht über die Ausführung des Socialistengesetzes in Hamburg und Stettin geltend gemacht hat. Ein Zusammenhang zwischen Anarchisten und Socialisten ist zwar viel bestritten worden, ich glaube aber, daß dieser Zusammenhang als erwiesen angenommen werden kann. Der Bericht über den St. Galler Parteitag ist doch derartig, daß es mir klar scheint, die Mehrheit der Socialisten stimmt den Anarchisten zu. — Redner führt aus, daß für die Umsturzagitatoren keine Strafe zu hart sei, daß daher die Forderung der Verschärfungen ganz gerechtfertigt sei.

Abg. Dr. Bamberger (freis.): Das Maß von heftigen Angriffen, die Herr v. Puttkamer in erster Lesung gegen mich geschleudert hatte, war nach der heute kundgegebenen Meinung des Herrn Ministers die Folge einer Insinuation, die er aus meinen Worten herausgehört zu haben glaubte. Und heute nun beginnt der Herr Minister mit der Insinuation, daß ein bösartiger Druckfehler mir als deus ex machina erschienen wäre. Und doch, nachdem ich gezeigt habe, daß ich ganz unschuldig war. (Rufe rechts: Oho!) Ich bitte die Herren, die das rufen, sich zu nennen! (Heiterkeit.) So fordere ich die Herren v. Hammerstein und v. Manteuffel auf, mir zu beweisen, daß ich an der Aenderung schuld bin. Ob ich verächtlich sage oder verachtend, ist in diesem Falle doch gleich — auch habe ich nicht von Deutschland gesprochen, sondern vom Parlament, und glauben Sie, daß das Ausland nicht mit Verachtung auf dieses Parlament sieht, wenn ein Staatsanwalt ungestraft die Majorität des Reichstags schmachvoll nennt? (Beifall links.) Aus diesem Vorfall nun leitet der Minister gegen mich den Vorwurf her, daß ich tendenziös mein Stenogramm geändert hätte. In meiner langen parlamentarischen Thätigkeit ist mir nicht so viel Böses gesagt worden, wie in der Rede Herrn v. Puttkamer's in der ersten Lesung, wiewohl ich nicht das geringste Unzulässige gegen ihn gesagt habe. — Redner verliest einen Theil seiner damaligen Ausführungen und hebt dann hervor, daß der Minister ihm dialektische Trampelsprünge vorgeworfen habe. Das beweist, da es nur Beifall und keine Rüge fand, daß die Minister hier größere Redefreiheit haben als wir; der Minister warf mir dann „leichte Phrasen" vor — früher ist der Vorwurf des Phrasenmachens parlamentarisch nicht zulässig gewesen. Herr v. Puttkamer hat mir dann vorgeworfen, daß ich das Accordiren besser verstehe als er. Ich kann erwidern, daß ich Deutschland verlassen und in's Ausland gehen mußte, ich wider meiner Neigung Geschäftsmann werden mußte, daß ich aber nicht 15 Jahre lang hätte im Auslande bleiben müssen, wenn ich mit gewissen Gesinnungen zu thun hätte haben wollen. Wenn ich in meiner Rede irgend welche Correctur wirklich vorgenommen habe, so giebt das dem Herrn Minister keinen Grund mich zu verdächtigen.

Präsident v. Wedell-Piesdorff: Ich muß auf eine Aeußerung des Vorredners erwidern, daß ich wie meine Amtscollegen stets die Praxis befolgen, Mitglieder des Hauses vor Beleidigungen seitens eines Bundesrathsmitgliedes zu schützen. In dem angezogenen Falle hat mein mich damals vertretender Amtscollege aber keine Beleidigung des Herrn Abgeordneten gefunden.

Abg. Gehlert (Reichsp.): Abg. Bamberger ist ein Mann, der seinem das Wasser trübt und doch hat er in der ersten Lesung aus meinen früheren Reden Dinge herausgelesen, die ich nicht gesagt habe. Statt auf meine Argumente zu antworten, machte er sich mit witzigen Witzen aus dem Staube. (Beifall rechts.) Die Noth und das Elend und das Manchesterthum sind die Ursache der socialen Frage. Herr Bamberger sagt mit Schiller, die Liebe und der Hunger regieren die Welt, aber er vergißt, daß die Liebe nur für fünf Procent da ist, die sich in den Geldsack theilen, daß für die Anderen aber nur der Hunger da ist. Herr Bamberger unterscheidet nicht zwischen Communismus und Socialismus. Die Hohenzollern sind alle Socialisten gewesen, unser kaiserlicher Herr hat das durch die größte That, durch die kaiserliche Botschaft bewiesen. Früher hatten wir den Feudalismus zu bekämpfen, jetzt handelt es sich um den Capitalismus. Ich gehe jetzt zum Gegenstand unserer Tagesordnung über. (Große Heiterkeit.) Redner führt aus, daß die Socialdemokratie auf dem Boden des Naturrechts stehe, also der Gewalt. Dagegen könne man nur mit Gewalt antworten. Die Socialdemokratie habe den Staat zum Kampfe herausgefordert und dürfe nun nicht klagen, wenn der Staat in diesem Kampfe seine Waffe brauche. Daher sei es bedauerlich, wenn der Reichstag den Regierungen das verweigern, was sie fordern. Das Gesetz sei nicht nur ein Recht der Regierungen, sondern auch eine heilige Pflicht zum Schutze der Arbeiter.

Abg. Singer (Socialdem.): Der Vorredner hat die kaiserliche Botschaft als Socialismus bezeichnet, das ist richtig, aber wir sind doch die Ursache zu diesem Staatssocialismus, zu der ganzen Socialreform. Aber die Regierungen wollen Socialreformen machen, ohne die Besitzenden heranzuziehen — das ist unmöglich. Darin hat aber der Vorredner Recht, daß das Socialistengesetz zur Anwendung von Gewalt ist. Die Socialdemokratie und die Erreichung ihrer Ziele ist nicht abhängig von der Gewalt — sie wird eingeführt werden, wenn die gegenwärtigen gesellschaftlichen Theorien zusammenbrechen. Dann werden sie erkennen: die künstliche Revolution guillotinirt nicht, sie expropriirt! (Bewegung.) Wir benutzen alle Mittel, die uns zu Gebote stehen, um unsere Anschauungen zu verbreiten, die Gewaltmittel aber überlassen wir Ihnen. Sie haben versucht, durch das Socialistengesetz alle Arbeiter-Corporationen zu vernichten und Alles zu Boden zu schlagen, was die materielle Lage der Arbeiter bessern konnte. Es zeugt von dem gesunden Sinne der Arbeiter, daß Ihnen dies nicht gelungen ist. — Herr v. Puttkamer hat heute erklärt, daß Ehrenberg niemals mit der preußischen Regierung in Zusammenhang steht — aber ob er mit anderen deutschen Regierungen in Verbindung steht, darüber hat er geschwiegen. Wir haben nachgewiesen, daß Schröder die „Freiheit" unterstützt hat. Herr v. Puttkamer bestreitet, daß dies auf Veranlassung der preußischen Polizei geschehen — es ist doch aber unglaublich, daß er dies auf eigene Faust thun wird. Auch hat Schröder bis zu seiner Verhaftung 200 Exemplare der „Freiheit" verbreitet. Herr v. Puttkamer erklärt, die Polizei müsse sich solcher Schufte bedienen, aber dieselben Leute, die hier als Schufte bezeichnet werden, sollen vor Gericht als glaubwürdige Zeugen gegen uns dienen. Werden Leute aus Berlin ausgewiesen, so werden sie ausgefragt, ob sie nicht ihre Kenntnisse der Verhältnisse im Dienste der Polizei verwerthen wollten. Wenn dann aus Noth und Elend hin und wieder vereinzelt Jemand auf die Forderung eingeht, ist das eine Entschuldigung für die Berliner Polizei? Herr v. Puttkamer hat dann die volle Schale seines Zornes über den Polizeihauptmann Fischer ergossen. Ich constatire, daß Herr Fischer uns Einblick in die Acten nicht gewährt hat, das Material ist uns von unseren Freunden gebracht worden, Herr Fischer hat uns nur die Zuverlässigkeit dieses Materials bestätigt. Wenn Herr v. Puttkamer den Polizeihauptmann Fischer ein unzuverlässiges Subject genannt hat, so wird die Berner Regierung ja dagegen zu demonstriren haben. Herr v. Puttkamer hat nichts widerlegt, was wir gesagt haben. Ich frage ihn, ist es wahr, daß Herr Krüger den Schröder in der Schweiz besucht hat? Daß er ihn instruirt hat? Herr v. Puttkamer hat nun erklärt, er selbst verabscheue die Agenta provocateurs — das glauben wir ihm. Aber wir werfen ihm vor, daß das System, das er bekämpft, Agents provocateurs großzieht. Nachdem Herr v. Puttkamer seine Niederlage erkannt hat, hat er selbst nicht mehr den Muth gehabt, seine Vorlage zu vertheidigen.

Ein Telegramm meldet über den Schluß der Sitzung:

Hierauf wird die Generaldiscussion geschlossen. In der Specialberathung nimmt Niemand das Wort, das Gesetz wird sodann definitiv gegen die Stimmen der Freisinnigen, Socialdemokraten und eines Theils des Centrums angenommen.

Morgen wird die Etatsberathung fortgesetzt.

Vermischtes.

Halle, 17. Februar. Der Evangelische Kirchbauverein hier beschloß in seiner gestrigen Sitzung nunmehr, inmitten der von den Kirchen der Innerstadt weit entfernten, sich immer dichter gestaltenden Anbauten des südlichen Stadttheils, der namentlich schon stark bevölkerte Straßen mit vorwiegender Arbeiterbewohnerschaft aufweist, eine Interimskirche, eine transportable Capelle zu erbauen, und hat dafür aus einer Reihe eingegangener Entwürfe den geeignetst erscheinenden auszewählt. Da die Stadtgemeinde den Bauplatz unentgeltlich überläßt, kommt der Bau nur auf einige 20 Tausend Mark, mit der inneren Ausstattung, an Orgel ꝛc., auf etwa 30 000 M zu stehen. Wird später der Stadttheil ein selbstständiges Gotteshaus erhalten, wird die Capelle an anderer Stelle passende Verwendung finden. Zu den Baukosten haben die hiesigen Lutherfestspiel-Aufführungen mehr als 6000 M an Ueberschuß erbracht. In derselben Stadtgegend beabsichtigt auch der hiesige Verein für Volkswohl einen umfassenden Versuch zur Lösung einer wichtigen Frage der Gegenwart anzustellen: die Begründung eines Stadtviertels mit zweckmäßigen und billigen Wohnungen allerdings in großen Häusern, aber mit allerlei Bequemlichkeiten, Garten ꝛc. ausgestattet. Die Beihilfe der städtischen Behörden vorausgesetzt, hofft man bald ans Werk gehen zu können; zur Durchführung würde sich eine selbständige gemeinnützige Baugesellschaft bilden. Da es sich um die Bebauung von ca. 40 Morgen handelt, ist der Plan sehr weitaussehend.

— Erfurt. Das jetzige Oberhaupt der Familie Lachmundt zu Brotterode in Thüringen, welche länger als 200 Jahre im Besitze der Mühle „am Graben" ist, Herr Casper Lachmundt, feierte kürzlich in voller Rüstigkeit seinen hundertsten Geburtstag.

— Cassel, 16. Februar. Das hier gegenwärtig tagende Schwurgericht verhandelte gestern in einer bis 11 Uhr Nachts dauernden Sitzung gegen den Zuchthausgefangenen Stein. Derselbe hatte am 24. November v. J. den Strafanstalts-Director Kaldewaz und den Oberaufseher Köhler vom Zuchthaus Wehlheiden bei Cassel mit einer Schneiderscheere lebensgefährlich verwundet. Stein gab an, daß er im Zuchthaus schlecht behandelt sei und deshalb die That ausgeführt habe, um in eine andere Anstalt zu kommen. Der 23jährige Angeklagte wurde wegen Mordversuchs zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

— Der „Schlesischen Zeitung" geht von ihrem Königshütter Correspondenten folgende Mittheilung zu, für deren Richtigkeit sich der Einsender verbürgt: Am Neujahrstage d. J., an dem bekanntlich das Thermometer an einzelnen Orten Deutschlands auf — 26 Grad Réaumur gesunken war, kam ein Rothkehlchen an das Fenster des in seinem Auszugsstübchen hausenden Fleischermeisters Josef Larisch in Nassiedel (Kreis Leobschütz) und pickte die dort auf dem Gesims ausgestreut liegenden Brosamen auf. Als es seinen Hunger gestillt hatte, pickte es wiederholt an die Fensterscheibe, flatterte an derselben empor, hüpfte lebhaft hin und her und ließ auf diese Weise erkennen, daß es gern ins Zimmer hinein wollte. Der Bewohner des Stübchens, ein freundlicher Greis, der das Treiben des Vögelchens beobachtet hatte, öffnete einen Fensterflügel, und husch! flog das Thierchen in das Zimmer hinein. Hier blieb es nun den ganzen Winter über und machte nie einen Versuch, der selbstgewählten Gefangenschaft zu entfliehen, obwohl öfters Thüre oder Fenster offen standen. Vor einigen Tagen nun fing ein Enkel des Auszüglers, als er seinem Großvater einen Besuch abstattete, das zutrauliche Vögelchen ein und trug es in die Wohnung seiner Eltern, die im selben Orte ein Bauerngut besitzen. Hier flog das Rothkehlchen einige Tage frei umher. Mochte ihm aber hier der Aufenthalt nicht behagt haben, eines Tages benutzte es den Zufall, der die Zimmerthür offen ließ, und flog hinaus. Wenige Minuten später pickte es wiederum an das Fenster des Auszugshäuslers, welches von dem Bauernhause etwa ½ Kilometer entfernt in einer Nebengasse des Dorfes steht, erhielt den begehrten Einlaß und hüpft nun in seinem Winterquartier vergnügt umher. Nur wenn die Kinder des Bauerngutsbesitzers den Großvater besuchen, verkriecht es sich ängstlich unter das Bett.

— Aus Westfalen, 13. Februar. Der Gastwirth Hemmersbach zu Bünde (Rgbz. Minden) wurde kürzlich wegen der Beleidigung seines Amtsrichters zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Der sonst ruhige und rechtschaffene Mann hatte sich durch den ihn schwer drückenden Verlust eines Rechtsstreites im Mißmuth zu einigen Schmähworten hinreißen lassen. Hemmersbach war früher Bahnmeister und hatte als solcher Gelegenheit, bei der am 20. Januar 1850 bei Güterloh stattgehabten Entgleisung eines Schnellzuges, in welchem sich der Kronprinz befand, diesem die erste Hilfe zu leisten. Der Kronprinz hatte bei diesem Anlasse den Beamten versprochen, ihm, wenn er könne, einmal wieder aus der Noth zu helfen. Hemmersbach fielen diese Worte jetzt wieder ein. Er wandte sich unter genauer Darstellung seiner Bedrängniß und ihrer Veranlassung an den Kronprinzen und schickte gleichzeitig ein Gnadengesuch an den Kaiser. Dieser Tage traf nun von Berlin bei der Staatsanwaltschaft die Nachricht ein, daß dem Wirthe Hemmersbach die gegen ihn erkannte Gefängnißstrafe völlig erlassen werde.

— St. Johann, 16. Februar. Die Anzahl der eingefahrenen Bergleute auf Grube Kreuzgraben betrug nach amtlicher Feststellung 70; bis heute Mittag sind 36 Todte zu Tage gefördert worden; 30 Bergleute retteten sich und vermochten theils nach Hause zu gehen, theils wurden sie betäubt, aber ohne Verletzung ins Lazareth befördert; vier werden vermißt. Das Unglück ereignete sich Abends 8 Uhr 30 Minuten. Die Ursache ist noch unbekannt.

— Petersburg, 13 Februar. Die „Now. Wremja" berichtet über folgende Mordthat, welche dieser Tage in Schinsk, der dritten Station von Nowgorod, verübt worden ist. Im Dorfe Setji lebte ein wohlhabender Bauer mit seiner Frau und zwei Kindern — einem neunzehnjährigen Sohne und einer siebzehnjährigen Tochter. Unlängst kehrten der Sohn und die Tochter Abends von einem Besuche heim und waren nicht wenig erstaunt, vor ihrem Hause, das etwas abseits vom Dorfe lag, einen Schlitten stehen zu sehen, in dem ein Brecheisen, eine Flinte und zwei Schaufelspeze sich befanden. Durch die Spalten der geschlossenen Fensterläden war helles Licht zu bemerken. Das Mädchen blickte neugierig in das Zimmer und prallte entsetzt zurück. Der Bruder kam hinzu und erblickte die Leichen seiner Eltern in einer Blutlache auf der Diele liegend, während drei unbekannte Individuen die Kisten und Kasten ausräumten. Rasch entschlossen rief der junge Mann der Schwester zu: den großen Hofhund loszuketten, selbst ergriff er ein Brecheisen und stürzte dem Eingange zu. Die Mörder hatten unterdessen das Geräusch vernommen und einer erschien auf der Schwelle, um nachzusehen, was es gebe. Ein Schlag mit dem Brecheisen streckte ihn todt zu Boden, ebenso erging es dem zweiten Mörder. Der Dritte schlug das Fenster ein und suchte auf diesem Wege zu entkommen. Mit hochgeschwungenem Brecheisen stürzte sich ihm der Sohn der Ermordeten entgegen. Der Mörder parirte aber den gegen ihn geführten Schlag, warf den jungen Mann zu Boden und begann ihn zu würgen. Er wäre verloren gewesen, wenn nicht der riesige Hofhund, den die Schwester unterdessen von der Kette gelöst hatte, sich auf den Mörder gestürzt und ihn an der Gurgel gepackt hätte. Es gelang dem jungen Menschen sich aufzurassen; er ergriff das Brecheisen und zerschmetterte dem sich unter den Zähnen des Hundes windenden Kerl den Schädel. Man vermuthet, daß die Mörder von Weitem her gekommen waren, da sie Niemand im Dorfe erkannte.

Telegraphische Depeschen.

* München, 16. Februar. Se. Majestät der Kaiser und König hat dem Finanzminister Dr. von Riedel den Rothen Adlerorden erster Classe mit dem Emailbande des Kronenordens verliehen.

* München, 16. Februar. Die Abgeordnetenkammer hat das Ausführungsgesetz zu dem Reichsgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung land- und forstwirthschaftlicher Arbeiter mit unerheblichen Aenderungen einstimmig angenommen.

* Straßburg i. E., 16. Februar. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses erklärte der Unterstaatssecretair Studt auf eine Anfrage des Abgeordneten Grad bezüglich des Canals Ludwigshafen-Straßburg, das Project sei vollständig aufgestellt und liege der bayerischen Regierung zur technischen Erörterung vor; nach Beendigung derselben werde in Verbindung mit den Reichsbehörden Beschluß gefaßt werden, ob das Project zur Ausführung gelangen solle. Bei der Berathung des außerordentlichen Eisenbahnetats nahm Unterstaatssecretair Studt die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Schutz gegen die Unterstellung, daß sie die Frage der Uebernahme des Baues der als Straßenbahnen bereits concessionirten und subventionirten Strecken Markolsheim-Horburg, Schlettstadt-Weilersthal und Altkirch-Pfirt aus anderen als Verkehrs- und militairischen Interessen unterfuche.

* Pest, 16. Februar. Das Unterhaus genehmigte das Budget für die Landesvertheidigung ohne jede Aenderung. Der Ministerpräsident Tisza brachte darauf das Finanzgesetz ein, welches die Ausgaben auf 345 100 000 fl., die Einnahmen auf 332 600 000 fl. und das Deficit auf 12 400 000 fl. feststellt. Das Deficit soll, wie die Vorlage vorschlägt, durch eine Creditoperation gedeckt werden.

* Paris, 16. Februar. (Deputirtenkammer.) Berathung des Etats des Finanzministeriums. Der Antrag des Deputirten Dreifus, die den Staatscassebeamten in den Hauptstädten der Departements (trésoriers-payeurs-généraux) obliegenden Geschäfte der Bank von Frankreich zu übertragen, wurde mit 296 gegen 182 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Deputirten de Soubeyran auf Reduction der Zinsen auf die schwebende Schuld um 3 Millionen wurde, obschon der Ministerpräsident Tirard sich gegen denselben aussprach, von der Kammer in Erwägung gezogen. — In Deputirtenkreisen hieß es, daß Tirard in Folge des letztgedachten Kammerbeschlusses zu demissioniren beabsichtige, anderweitigen Informationen zufolge würde Tirard aber zunächst den Beschluß der Budgetcommission über den Antrag de Soubeyran's abwarten.

* Paris, 16. Februar. Der Proceß gegen Wilson, Ribaudeau und Genossen hat heute vor dem Zuchtpolizeigericht begonnen. Die Anklageschrift beschuldigt Wilson der Theilnahme an Schwindeleien, welche zum Nachtheile mehrerer Personen, die Ordensauszeichnungen wünschten, begangen wurden.

* Paris, 16. Februar. In dem Proceß gegen Wilson und Genossen wegen des Ordenshandels versicherten die Mitangeklagten Dubreuil, Ribaudeau und Hébert, daß, wenn es sich um die Beschaffung einer Ordensauszeichnung gehandelt, dabei doch in keiner Weise ein Handel um Geld stattgefunden habe. Wilson deponirte in dem nämlichen Sinne und fügte hinzu, er habe sich gern mit den Persönlichkeiten beschäftigt, die ihm empfohlen gewesen seien und habe sich namentlich für Crespin interessirt, dessen Ansprüche auf eine Ordensauszeichnung ernste gewesen seien; er habe sich dabei aber niemals von der Sucht nach einem Vortheile leiten lassen und habe zu keiner Zeit davon Kenntniß gehabt, daß Crespin eine Geldsumme an Ribaudeau gesendet habe. Frau Rattazzi gab an, daß sie Legrand an Wilson empfohlen habe und daß Legrand in Folge des Einflusses von Wilson decorirt worden sei, dieselbe wußte aber keinerlei Thatsache anzuführen, die beweist, daß Wilson dafür Geld erhalten habe. Das Verhör Wilson's über den Fall Legrand wird morgen fortgesetzt.

* London, 16. Februar. (Unterhaus.) In Beantwortung einer Anfrage wiederholt Unterstaatssecretair Fergusson die Erklärung, daß es unthunlich sei, den diplomatischen Schriftenwechsel über die politische Lage Europas jetzt mitzutheilen. Einen Bericht über die vom Viceadmiral Hewett in Genua gehaltene Rede habe er nicht gesehen, einem nicht authentischen Zeitungsbericht über jene Rede könne er überhaupt nicht anerkennen. Labouchère zeigt an, daß er wegen dieser nicht befriedigenden Antwort ein Amendement zur Adresse des Inhalts beantragen werde, daß das Haus über eine Italien im Falle eines Krieges mit Frankreich von England etwa zugesicherte Unterstützung unterrichtet werden müsse. Auf eine Anfrage erwidert der Staatssecretair der Colonien, Holland, die französischen und deutschen Postdampfer genössen, so lange die Postconvention mit Frankreich vom Jahre 1856 dauere, in den Häfen von Ceylon die Eigenschaft und den Status von Kriegsschiffen. Vom Deputirten Lesdore wurde für die Berathung des Adreßberichts ein Amendement zur Adresse angekündigt, welches das Bedauern des Hauses darüber aussprechen soll, daß die ungerechten rückständigen Pachtgelder in Irland keine Erwähnung gefunden hätten und daß Blunt verhindert worden sei, Sympathie-Versammlungen in Woodford abzuhalten.

* London, 16. Februar. Das Unterhaus nahm den Antrag Churchill's auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Verwaltung des städtischen Bauteamts und der dabei angeblich vorgekommenen Unregelmäßigkeiten an. Der Antrag war von der Regierung acceptirt worden.

* Dundee, 16. Februar. Der Gladstonianer Firth ist heute mit 7856 Stimmen ins Unterhaus gewählt worden. Der unionistische Gegencandidat Tally erhielt 4217 Stimmen.

* Rom, 16. Februar. Der Erzbischof von Köln und der Bischof von Trier haben heute die Rückreise in ihre Diöcesen angetreten.

* Rom, 16. Februar. Nach Meldungen aus Massauah waren dort Gerüchte von einem zwischen Galabat und Gondar stattgehabten Zusammenstoß von Derwischen mit Abessiniern, sowie von einem zwischen Abessiniern des Gobjan und Sudanesen stattgehabten Treffen verbreitet, letztere wären, wie behauptet wird, bereits in das Innere von Abessinien vorgedrungen. Für alle diese Gerüchte fehlt bis jetzt indeß jede Bestätigung.

* Florenz, 17. Februar. Das Bulletin über das Befinden des Königs von Württemberg lautet: Die localen Erscheinungen sind günstiger, der Tag verlief ruhiger und die Kräfte erhalten sich.

* Luzern, 17. Februar. Der Verkehr auf der Gotthardbahn wird heute Mittag wieder eröffnet werden. Als durch die Lawinenstürze bei Wasen verunglückt wurden bisher 5 Todte und 1 Schwerverwundeter aufgefunden. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden, welche durch die Störung im Gotthardbahn-Verkehr vom Mittwoch Abend an hier zurückgehalten wurden, reisen heute mit dem Nachtschnellzuge via Genua nach San Remo weiter.

* Madrid, 16. Februar. (Deputirtenkammer.) Minister des Innern, Sagasta, erklärte in Beantwortung einer Interrellation des Abgeordneten Nobledo, er habe dem Herzog von Montpensier auf vertraulichem Wege Warnungen zugehen lassen, wozu die Regierung das Recht habe. Er habe indeß hierüber absolutes Stillschweigen beobachtet und müsse sich wundern, daß diese Mittheilungen in die Oeffentlichkeit gelangt seien; übrigens sei kein Grund vorhanden, gegen die Königin Isabella und den Herzog von Montpensier irgend welche Maßregeln zu ergreifen. Sollten die ertheilten Rathschläge sich indeß als unzureichend erweisen, so werde die Regierung sich über weitere Schritte schlüssig zu machen haben.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

* Berlin, 17. Februar. Aus Christiania verlautet, daß die Staatsräthe Acctander, Astrup und Aildal demissionirten und der König die Demission angenommen habe.

* Paris, 17. Februar. Flourens ist zurückgekehrt und empfing das diplomatische Corps. — (Proceß Wilson.) Wilson stellte die Behauptungen der Frau Rattazzi in Abrede; dieselbe habe seit langer Zeit keinen Einlaß in das Elysée gefunden. Er habe Legrand empfangen in Angelegenheiten seines Sohnes, welcher vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollte; er glaube, Legrand erhielt die Decoration für seine Verdienste. Die Vernehmungen der Angeklagten wurden geschlossen, da sie keine neuen Thatsachen ergaben. Die Vernehmung der Zeugen hat begonnen.

* Paris, 17. Februar. (Kammer.) Saussier beantragt eine Enquete über die auf den Ablauf des Privilegiums der Bank von Frankreich bezüglichen Fragen und verlangt die Dringlichkeit. Tirard bekämpft den Antrag. Die Kammer lehnt die Dringlichkeit mit 323 gegen 199 Stimmen ab. Heriße beantragt, daß die Minister, so lange sie im Amte sich befinden, als Deputirte oder Senatoren nicht wählbar sind, sondern erst sechs Monate nach der Amtsniederlegung. Minister Saussier erklärt, der Antrag trage eine persönliche, gegen den Minister Flourens gerichtete Spitze. Die Regierung stehe der Deputirtenwahl in den Hautes-Alpes neutral gegenüber. Die Kammer lehnte die Dringlichkeit mit 238 gegen 221 Stimmen ab. Von der Budgetcommission wurde der Antrag Soubeyran, betreffend die Reduction der Zinsen der schwebenden Schuld um drei Millionen, abgelehnt.

* London, 17. Februar. (Unterhaus.) Hamilton erklärt bezüglich der angeblichen Rede Hewett's in Genua, daß es nicht selten sei, daß Officiere einer Nation, welche Officiere einer anderen Nation feiriren, den Wunsch aussprächen die beiderseitigen Streitkräfte im Kriege vereint zu sehen. Die Hewett zugeschrieb